



Miltabader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.30 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.66 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Remscheid Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Güter & Co., Wildbad; Bfrozehelmer Gewerbbank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 201 74 Stuttgart.
Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum im Bezirk Remscheid 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Retikulation 30 Pf. Rabatt nach Satz. Für Offizien und bei Anstufung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Rückzugsbewegung weg.
Druck, Verlag u. Vertrieb: Schellleitung: Theodor Gatz, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 56, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Verordnung gegen Verrat am deutschen Volk

Berlin, 1. März. Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am deutschen Volk und hochverräterische Umtriebe vom 28. Februar 1933 wird jetzt im Wortlaut veröffentlicht.

1.
Der erste Abschnitt enthält eine Verschärfung der Vorschriften gegen Verrat militärischer Geheimnisse (§ 1 Abs. 3 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse) ist Todesstrafe angedroht, für Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse Todesstrafe oder lebenslanges Zuchthaus; bei Ausprägung militärischer Geheimnisse Todesstrafe, lebenslanges Zuchthaus oder Zuchthaus bis zu 15 Jahren.

Wer durch Fälschung oder Verfälschung Gegenstände, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung im Fall der Echtheit für das Wohl des Reichs erforderlich wäre, in der Absicht herstellt, sie einer ausländischen Regierung bekannt zu machen oder öffentlich mitzuteilen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer Gegenstände oder Nachrichten, von denen er weiß, daß sie falsch sind, und deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung im Fall der Echtheit für das Wohl des Reichs erforderlich wäre, der ausländischen Regierung bekannt macht oder öffentlich mitteilt, ohne sie als falsch zu bezeichnen.

Wer sich Gegenstände der bezeichneten Art in der Absicht verschafft, sie einer ausländischen Regierung bekannt zu machen oder öffentlich mitzuteilen, ohne sie als falsch zu bezeichnen, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft.

Wer Gegenstände oder Nachrichten, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reichs erforderlich wäre, wenn sie nicht bereits der ausländischen Regierung bekannt oder öffentlich mitgeteilt worden wäre, öffentlich mitteilt oder erörtert und dadurch das Wohl des Reichs gefährdet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Es macht keinen Unterschied, ob die Gegenstände oder Nachrichten echt oder falsch, wahr oder unwahr sind.

Die Tat wird nur auf Antrag der Reichsregierung verfolgt.

II.
Der zweite Abschnitt befaßt sich mit der Bekämpfung hochverräterischer Umtriebe.

Ist bei einem Hochverrat die Tat heraus gerichtet, die Reichswehr oder die Polizei zur Erfüllung ihrer Pflicht unzulänglich zu machen, das Deutsche Reich und seine Länder gegen Angriffe auf ihren äußeren oder inneren Bestand zu schützen, so ist auf die in den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuches angedrohte Zuchthausstrafe zu erkennen.

Wer eine Druckschrift, deren Inhalt durch Aufforderung oder Anreizung zum gewalttätigen Kampf gegen die Staatsgewalt oder zu dessen Vorbereitung oder durch Aufforderung oder Anreizung zu einem hochverräterischen Bestrebungen dienenden Streik in einem lebenswichtigen Betrieb, Generalkstreik oder anderen Massenstreiks, oder in anderer Weise den Tatbestand des Hochverrats (§§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuches) begründet, herstellt, verbreitet oder zum Zwecke der Verbreitung vorträg hält, obwohl er bei sorgfältiger Prüfung der Schrift den strafbaren Inhalt hätte erkennen können, wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft. (§ 8.)

III.
Im dritten Abschnitt (Vorschriften über Zuständigkeit und Strafverfahren) wird bestimmt, daß in den zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Strafsachen die im vorbereitenden Verfahren dem Amtsrichter obliegenden Geschäfte auch durch einen oder mehrere besondere Ermittlungsrichter des Reichsgerichts vorgenommen werden können.

Ist eine Druckschrift beschlagnahmt worden, weil der Inhalt der Schrift den Tatbestand einer zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Strafsachen Handlung begründet, so hat, wenn ein Ermittlungsrichter des Reichsgerichts bestellt ist, dieser über die Befestigung oder Aufhebung der vorläufigen Beschlagnahme an Stelle des Amtsrichters zu entscheiden. Die Entscheidung muß unverzüglich herbeigeführt werden. Gegen den Beschluß des Ermittlungsrichters, der die vorläufige Beschlagnahme aufhebt, steht dem Oberreichsanwalt die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zu.

In den zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Strafsachen entfällt die Voruntersuchung, wenn der Tatbestand einfach liegt und sie darum nach dem pflichtmäßigen Ermessen des Oberreichsanwalts für die Vorbereitung der Hauptverhandlung nicht erforderlich ist. Das Reichsgericht kann jedoch nach der Einreichung der Anklageschrift von Amts wegen oder auf Antrag des Angeklagten die nachträgliche Eröffnung einer Voruntersuchung beschließen, wenn ihm dies zur besseren Aufklärung des Sachverhalts oder für die Vorbereitung der Verteidigung des Angeklagten geboten erscheint.

Tagespiegel

Der badische Minister des Innern hat für die gesamte Polizei und Gendarmerie die höchste Bereitschaft angeordnet.

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Reichszkanzler und den Reichswehminister zum Vortrag.

Der Reichsinnenminister hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar die Länderregierungen ersucht, die kommunistischen Druckschriften usw. zu verbieten und zu beschlagnahmen, sowie alle Versammlungen, Umzüge usw. zu verbieten.

Am Donnerstag um 12 Uhr wird wieder eine Kabinettsitzung abgehalten, die sich in der Hauptsache mit wirtschaftspolitischen Fragen befaßt wird.

Am Donnerstag trifft der litauische Außenminister Janušius auf der Rückreise von Genf in Berlin ein. Gleichzeitig wird der deutsche Gesandte in Kowno, Dr. Jechlin, nach Berlin kommen. Es handelt sich um Besprechungen über die litauischen Handelsvertragsverhandlungen.

Auf der Durchreise von Genf nach Moskau hat der Volkskommissar des Äußeren Litwinow am Mittwoch dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath einen Besuch abgestattet.

Der holländische Brandstifter Lubbe hat nach dem „Co-

§ 6 (der die Druckschriften betrifft) dieser Verordnung tritt mit dem Tag nach der Verkündung in Kraft. Im übrigen teilt die Verordnung mit dem vierten Tag nach der Verkündung in Kraft.

Verordnung über Reform der Krankenkassen

Berlin, 1. März. Das Reichskabinett hat den Entwurf einer Verordnung verabschiedet, durch die die Reformen für das Krankentassenwesen sichergestellt werden sollen. Die Verordnung wird jetzt dem Reichspräsidenten zur Unterschrift zugeleitet. Der Entwurf tritt voraussichtlich noch in dieser Woche in Kraft. Das Aufsichtsrecht über die Krankenkassenversicherung wird durch die Verordnung in Zukunft auf alle Fragen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Geschäftsführung der Krankenkassen erstreckt. Bisher beschränkt sich das Aufsichtsrecht lediglich im Rahmen des Reichsversicherungsgesetzes. Ferner wird der Regierung die Ermächtigung erteilt, zur Vereinfachung, Vereinfachung und Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit Vorschriften zu erlassen. Die Vorschriften können sich auch auf die Ausübung der Aufsicht und die Aufsichtsbehörde erstrecken. Mit der neuen Verordnung werden dann die notwendigen Voraussetzungen geschaffen für die Reform des ganzen Krankentassenversicherungswesens. Die Verordnung enthält auch die angeklagte Ermächtigung von 25 Pfennig auf die Krankentassengebühr. Wenn die Reform des Krankentassenversicherungswesens durchgeführt sein wird, wird die Krankentassengebühr vollkommen beseitigt werden können. Die Verordnung erstreckt sich nicht auf die privaten Krankentassen. Die Einführung eines Reichskommissars für Krankentassenwesen kann erst dann erfolgen, wenn vom Reichsarbeitsministerium eine Vorlage über die Reform eingebracht ist. Man kann wohl annehmen, daß nach Durchführung der Verordnung auch die Rezeptgebühr fortfallen kann. Hinsichtlich der Ersatzkassen ändert sich durch die neue Verordnung nichts. Sie unterstehen dem Aufsichtsamt für Privatversicherungen und sind in die Verordnung nicht einbezogen.

Die Untersuchung der Brandstiftung

Berlin, 1. März. Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Die bisherige amtliche Untersuchung der großen Brandstiftung im Gebäude des Deutschen Reichstags hat ergeben, daß allein zur Herbeischaffung des Zündmaterials mindestens sieben Personen notwendig gewesen sind, während die Verteilung der Brandherde und ihre gleichzeitige Entzündung in dem riesigen Hause mindestens 10 Personen erfordert haben muß. Ganz zweifellos sind die Brandstifter so vollkommen mit allen Einzelheiten des weiträumigen Gebäudes vertraut gewesen, daß nur ein jahrelanger ungehinderter Verkehr diese sichere Kenntnis sämtlicher Räume ergeben haben kann. Dringender Tatverdacht besteht deshalb gegen die Abgeordneten der kommunistischen Partei, die sich ganz besonders in der letzten Zeit auffallend häufig unter den verschiedensten Anlässen im Reichstag zusammenfanden. Aus dieser Vertrautheit mit dem Reichstagsgebäude und der Diensterteilung der Beamten erklärt sich auch die Tatsache, daß vorläufig nur der auf frischer Tat erappte holländische Kommunist verhaftet werden konnte, da er in Unkenntnis der Räumlichkeiten nach begangener Tat nicht

„Kanzleiger“ bei der Vernehmung eingestanden, daß er auch das Berliner Rathaus habe anzünden wollen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Heinig hat in einem Schreiben an Reichsminister Dr. Hugenberg, den Reichskommissar für die Osthilfe, mitgeteilt, daß weder er noch sein Parteigenosse Wiffel in der Lage sei, an der Untersuchung der Osthilfe teilzunehmen, solange ihre Partei wegen der Brandstiftung im Reichstag angegriffen und die Führung des Wahlkampfes erschwert werde.

Die ganze sozialdemokratische Presse wurde im Staat Oldenburg auf 14 Tage verboten.

Der schweizerische Bundesrat hat deutsche Wahlversammlungen auf Schweizer Boden verboten.

Im Zusammenhang mit dem Eisenbahnerstreik in Österreich wurden 500 Eisenbahner verhaftet.

Die Enthüllungen des „Giornale d'Italia“ über Geheimabmachungen zwischen Tschchoslowakei, Südslawien und Rumänien betr. Befehung Ungarns durch die Heereskräfte dieser Staaten im Fall eines rumänisch-russischen Kriegs hat in Bukarest Bestürzung hervorgerufen. Die rumänische Regierung hat noch nicht gewagt, die Echtheit der Veröffentlichung zu bestritten. — Hinter dem Geheimplan steht bekanntlich Frankreich.

Die japanischen Truppen haben Tschifong (Tschol) eingenommen.

mehr fliehen konnte. Der Verhaftete, der auch in Jugoslawien als besonders radikal bekannt ist, hat den Verhandlungen des kommunistischen Aktionsausschusses ständig beigewohnt und durchgehend, daß er zu der Brandstiftung hinzugezogen werde.

Die Untersuchung hat weiter ergeben, daß drei Augenzeugen einige Stunden vor Ausbruch des Brandes den verhafteten holländischen Täter in Begleitung der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler und Koenen in den Gängen des Reichstags gesehen haben. Ein Irrtum der Augenzeugen ist bei dem Aussehen des Brandstifters unmöglich. Da weiterhin der Abgeordneteneingang des Reichstags um 8 Uhr abends geschlossen wird, die kommunistischen Abgeordneten Torgler und Koenen sich jedoch gegen 8.30 Uhr ihre Garderobe in ihre Zimmer bringen ließen und erst gegen 10 Uhr durch ein anderes Portal den Reichstag verließen, besteht gegen diese beiden Kommunisten dringender Tatverdacht. In dieser Zeit ist nämlich der Brand angelegt worden.

Unrichtig ist das Gerücht, nach dem der Abgeordnete Torgler sich der Polizei freiwillig gestellt haben soll. Er hat allerdings durch seinen Rechtsbeistand in dem Augenblick um freies Geleit gebeten, als er erkannte, daß ein Entkommen unmöglich geworden war. Das freie Geleit wurde abgelehnt und der Abgeordnete Torgler verhaftet.

Der Täter Lubbe

Haag, 1. März. Die Berichte über den Brandstifter im Deutschen Reichstag, Marinus van Lubbe, lauten sehr ungünstig. Er sei wegen Sachbeschädigung, Verbreitung aufreizender Schriften und Beleidigung der Polizei vielfach verurteilt und schon 1919 aus der Jugendorganisation der kommunistischen Partei in Holland ausgestoßen worden.

200 Festnahmen in Berlin

Berlin, 1. März. In der Nacht zum Mittwoch wurden die kommunistischen Bezirkslokale und eine Reihe anderer Lokale durchsucht, in denen viele Kommunisten zu verhaften pflegten. Dabei sind etwa 200 Personen festgenommen worden, die hauptsächlich der KPD angehören. Einen besonderen Fang machte die Polizei bei der Durchsuchung einer jüdischen Tee-stube in der Rosenthalerstraße im Norden der Stadt. Hier wurden 30 Ausländer festgenommen, die eine Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland nicht vorweisen konnten. Sie wurden sofort dem Fremdenamt des Polizeipräsidiums zugeführt. Die Ermittlungen werden ergeben, ob sich nicht unter ihnen auch Personen befinden, die bereits einen Ausweisungsbefehl erhalten haben.

Dank des Reichszkanzlers

Berlin, 1. März. Reichszkanzler Hitler hat den preussischen Innenminister Göring erlucht, der Berliner Feuerwehr und Polizei Dank und Anerkennung der Reichsregierung auszusprechen. Ihrem tatkräftigen Einschreiten sei es zuzuschreiben, daß der Brand auf seinen Herd beschränkt und die verbrecherische Tat erfolgreich verfolgt werden konnte.

Der Verzicht auf Gewalt

Genf, 1. März. Die Vertreter der Unterzeichner des Vertrags von Locarno (Deutschland, Frankreich, Belgien und als Bürgen England und Italien), die seit einigen

Tagen in Geis vertrauliche Besprechungen geführt haben über die Abfassung der Erklärung über den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt und insbesondere über die Frage, ob in dieser Erklärung auch der Vertrag von Locarno erwähnt werden soll, sind zu einer Einigung über die Formulierung der Erklärung gekommen. Bekanntlich hatte sich Deutschland im Interesse einer von juristischen Spitzfindigkeiten frei bleibenden Formulierung dafür ausgesprochen, daß der Vertrag von Locarno in der Gewaltlosigkeitserklärung nicht erwähnt werden solle; es wäre zudem mit der Fünfmächteerklärung vom 5. Dezember 1932, welche die Gleichberechtigung grundsätzlich geklärt hat, unvereinbar gewesen, durch eine Erinnerung an das Bestehen der entmilitarisierten Zone den Sinn der Gewaltlosigkeitserklärung dahin zu verfälschen, daß etwa ein französischer Einmarsch ins Rheinland nicht als Gewaltanwendung ausgelegt werden könne.

Der Redaktionsausschuß des Politischen Ausschusses der Abrüstungskonferenz hat nun die von den fünf Locarnomächten gefundene Formulierung angenommen. Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut: „In dem Wunsch, die Sache der Abrüstung zu fördern, indem sie den Geist gegenseitigen Vertrauens unter den Völkern Europas durch diese Erklärung stärken, die ausdrücklich den Gebrauch der Gewalt unter den Umständen verjagt, wo der Pakt von Paris (Kellogg-Pakt) den Krieg unterlag, bestätigen die Regierungen von neuem ausdrücklich, daß sie unter keinen Umständen zur Gewalt als Werkzeug nationaler Politik greifen werden.“

Die Erklärung ist eine fast wörtliche Wiederholung des schon am 11. Dezember 1932 von den vier europäischen Großmächten im Zusammenhang mit dem Gleichberechtigungsprotokoll unterzeichneten Verzehntens auf die Anwendung von Gewalt. Die Erklärung geht jedoch über den Kellogg-Pakt hinaus, als sie die in diesem übernommenen Verpflichtung, nicht zum Krieg zu schreiten, in eine allgemeine Verpflichtung der europäischen Mächte, keine Gewalt anzuwenden, erweitert, und sie stellt dadurch eine neue Sicherheitsgarantie dar. Selbstverständlich wird durch die Verpflichtung, keine Gewalt anzuwenden, das Recht eines angegriffenen Staats, sich gegen Gewaltanwendung des Angreifers zu verteidigen, nicht berührt, wie ja auch der Kellogg-Pakt nicht den Verteidigungskrieg verbietet.

Der Text dieser Erklärung wird demnächst mit einem Bericht des Vorsitzenden des Redaktionsausschusses, Politis, an den Politischen Ausschuß der Abrüstungskonferenz geliefert werden.

Neue Nachrichten

Held bei Hitler

Berlin, 1. März. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hatte heute vormittag eine mehr als einstündige Unterredung mit dem Reichkanzler Hitler. Es war dies das erste Mal, daß der Reichkanzler Gelegenheit hatte, mit dem Chef der bayerischen Staatsregierung persönliche Fühlung zu nehmen. Der Aussprache wohnten seitens der Reichsregierung noch Staatssekretär Lammer, seitens der bayerischen Regierung der Ministerialdirektor Freyher von Imhoff bei. Wie verlautet, sind die derzeit im Vordergrund stehenden innenpolitischen Fragen, insbesondere auch die neue Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat ausführlich erörtert worden. Es habe sich dabei um eine offene Aussprache in freundschaftlichen Formen gehandelt. Besonders dürfte die Bestimmung der neuen Notverordnung erwähnt worden sein, wonach die Länder gezwungen werden können, bestimmte Anordnungen des Reichs durchzuführen. Die Entsendung eines Reichskommissars nach Bayern komme gegenwärtig nicht in Frage, da die Regierung in Bayern die Staatsgewalt fest in der Hand habe. Eine kommunistische Gefahr bestehe in Bayern nicht, da die bayerische Staatsregierung bereits seit der Revolution mit den schärfsten Mitteln gegen die Kommunisten vorgegangen sei und auch in dieser Beziehung vorbildlich national gehandelt habe.

Bayern und die jüngste Reichsnotverordnung

München, 1. März. Hofamtlich wird mitgeteilt: Zur Vermeidung von Mißverständnissen ist festzustellen, daß die neue Notverordnung für das ganze Reichsgebiet und damit selbstverständlich auch für Bayern erlassen worden ist. Es besteht aber Uebereinstimmung, daß von der Möglichkeit des Paragrafen 2 gegenüber den Ländern kein Gebrauch gemacht wird, in denen wie in Bayern Sicherheit und Ordnung durch die Landesbehörden gewährleistet sind.

Jugend unterm Hammer

Zeitroman von Helmut Messerschmidt

Urheber-Rechtsschutz für die deutsche Ausgabe:
Drei Quellen-Verlag, Königsbrunn (Sa.)

Auf dem Gute lastete es wie ein Alpdruck: der alte Schulden-Bauer lag im Sterben. So kam keine rechte Unterhaltung auf. Hannas Vater war unzugänglich als je zuvor. Die beiden Freunde verabschiedeten sich daher rasch. Strötgen schaffte Bredenkamp bis zur ersten Haltestelle der Essener Straßenbahn.

Als Bredenkamp den ersten Tag des neuen Schuljahres hinter sich hatte und wieder dem Gutshof zustrebte, begegnete er einem der Knechte. Der hielt ihn an und nahm den Hut in die Hand:

„Da alle Bur . . . es dot . . .“

Im Hause war alles in höchster Aufregung.

Auf der Treppe kam ihm Hannas Vater entgegen. In ehrlicher Trauer streckte Bredenkamp ihm die Hand hin.

Der Bauer aber winkte ab und eilte mit schmerzverzerrtem Gesicht vorüber: „Es got, es got!“

Heinrich ging in seine Kammer, um seine Schulmappe abzulegen. Er fühlte sich sehr müde, weil er in der vorhergehenden Nacht nicht ins Bett gekommen war. Trotzdem hätte er sehr gern dem Bauer bei der Erledigung der diesen Dinge geholfen, die bei einem Sterbefall getan werden müssen. Dann war aber auch starke Anteilnahme an der Trauer des Hauses in ihm, das ihn aufgenommen hatte, als er in tiefster Not war, und das Hanna, seine ganze Liebe, barg.

Schulte-Diedhove sah in der Bohnstube vor einem Durcheinander von Papieren und schrieb emsig.

Die Abwehrmaßnahmen der bayerischen Regierung

Die bayerische Regierung hat die Polizeibehörden durch Funkpruch zum schärfsten Vollzug aller zur Bekämpfung der kommunistischen Gefahr bereits bisher erlassenen Weisungen angewiesen. Insbesondere sind folgende Maßnahmen angeordnet: Schutz der öffentlichen Gebäude und lebenswichtigen Anlagen, Erhöhung des Streifen dienstes und Verhärtung der sonstigen allgemein-polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen. Weiterhin wird angeordnet: das Verbot der kommunistischen Zeitungen, die Beschlagnahme der kommunistischen Plakate, Flugblätter und Flugchriften, ferner das Verbot kommunistischer Versammlungen und die Verhängung von Polizeihaft gegen kommunistische Aufwiegler.

Durch die Münchner Polizei wurden in den Räumen der Parteileitung der KPD, und im Verlag der kommunistischen „Neuen Zeitung“ Beschlagnahmen vorgenommen.

Das Münchner Landtagsgebäude für den öffentlichen Verkehr gesperrt

München, 1. März. Das Landtagsgebäude in München ist vom Landtagspräsidenten Dr. Stang im Hinblick auf die Brandstiftung im Reichstag für den öffentlichen Verkehr gesperrt worden. Nur die Abgeordneten und die Vertreter der Presse dürfen mit ihren Ausweisen eintreten. Im Landtagsgebäude liegt eine Staffel der Staatspolizei.

Papen in München

München, 1. März. Vizetanzler von Papen traf heute vormittag hier ein. Zu seinem Empfang hatten sich am Bahnhof u. a. der Landesvorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, der Landesführer des Stahlhelms und der Präsident der Vereinigten Vaterländischen Verbände eingefunden. Im Lauf des Vormittags machte der Vizetanzler verschiedene Besuche. Abends sprach er in einer Wahlkundgebung der Deutschnationalen Volkspartei im Löwenbräu-Festsaal.

Verhaftungen in Augsburg

Augsburg, 1. März. Der Polizeidirektion war bekannt geworden, daß die Kommunisten Gewalttaten geplant haben. In der Nacht zum Mittwoch wurde daher durch ein starkes Polizeiaufgebot eine Durchsuchung des kommunistischen Arbeiterheims in der Mittelstraße und des Parteihauses vorgenommen und eine größere Anzahl Druckschriften hochverräterischen Inhalts sowie Druckapparate beschlagnahmt. 20 Personen wurden festgenommen und davon 10 in Haft behalten. Eine für 2. März geplante öffentliche Kundgebung in Augsburg wurde verboten.

In Rempten im Allgäu wurde wegen Verbreitung der kommunistischen Fackelzeitung „Musch“ vom Schnellgericht ein Hilfsarbeiter zu einer Gefängnisstrafe von 3½ Monaten verurteilt. Er hatte die Zeitungen in einem Wäschebeutel versteckt. Das Gericht hat nach Urteilsverkündung Haftbefehl erlassen.

Diätensperr für die kommunistischen Reichstagsabgeordneten

Berlin, 1. März. Im Reichstag ist über die Diäten für die kommunistischen Abgeordneten eine Auszahlungssperre verhängt worden, so daß die am 1. März fälligen Beträge nicht mehr ausbezahlt werden sind. Die finanzielle Auswirkung ist allerdings nicht erheblich, da die Reichstagsabgeordneten nur noch bis zum Neuwahltag, also bis zum 5. März, Anspruch auf Aufwandsentschädigung haben. Einen längeren Anspruch, nämlich bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags, haben nur die Mitglieder des Ueberwachungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags, für die, soweit sie Kommunisten sind, die Diätengelder einbehalten worden sind. Für den preussischen Landtag ist bisher eine ähnliche Maßnahme nicht getroffen worden.

Der Polizeipräsident hat von der Ansehung der Polizeistunde auf 12 Uhr vorerst Abstand genommen in der Erwartung, daß die Berliner Bevölkerung Ruhe und Besonnenheit bewahre.

Dem Vorgehen gegen die Kommunisten mit Hilfspolizei usw. haben sich außer Mecklenburg und Oldenburg nun auch Thüringen, Anhalt, Bremen angeschlossen.

Die Hilfspolizei wurde eingeführt in Norden und Norddeich (Hann.), Düsseldorf, im Regierungsbezirk Potsdam, sowie im ganzen oberen Taunuskreis.

Dem Sozialdemokratischen Pressedienst wurde die Genehmigung zu Presserundfunkgesprächen entzogen wegen Verbreitung von Ausregemeldungen.

Das Verbot des „Badischen Beobachters“ in Karlsruhe wurde vom Reichsgericht von 8 auf 3 Tage verkürzt.

Bredenkamp trat auf ihn zu: „Ach möchte Ihnen gerne behilflich sein, kann ich Ihnen irgendwie . . .“

„Nä!“ Der Bauer sah nicht einmal auf.

Unschlüssig stand Heinrich in der Stube.

Da kam mit rotgeweineten Augen Hanna herein.

Als sie Bredenkamp sah, schluchzte sie von neuem laut auf und klammerte sich, von ihrem Schmerz überwältigt, an ihn.

„Unser Opa . . . unser Opa . . .“

Sie hatte endlich jemanden, zu dem sie flüchten konnte mit ihrem aufgewühlten Herzen. Der Vater hatte ihrem Trostbedürfnis fremd und unbeholfen gegenübergestanden. Nun war Heinrich da, nun hatte ihr Jammer eine Zuflucht. An ihm hielt sie sich fest. In der Aufwallung ihres Schmerzes vergaß sie jede Rücksicht auf den Vater.

Der Bauer sah zuerst starr, als er seine Tochter in den Armen des Seminaristen sah.

Dann dämmerte in ihm die Erkenntnis, daß er nicht nur den Vater, sondern auch sein einziges Kind verloren hatte. Wut schoß in ihn.

Er sprang auf, stieß einen Schrei aus, der den beiden in den Ohren gellte.

Entsetzt fuhren sie auseinander.

Mit hochgehobenen Händen, als wolle er gleich zuschlagen, stand der Bauer vor ihnen. Er zitterte am ganzen Körper vor maßlosem Zorn.

„Ea vergeet mi!! . . . Ea vergeet mi!! Wat häff ed di gesaggi!!? Mal dat du rut kömms! Rut, segg ed, rut!“

Bredenkamp war sofort in Abwehrstellung gesprungen. Hanna schrie auf.

„Papa . . .! Heinrich! Um Gottes willen!“

Sie fiel ihrem Vater an die Brust.

Der schob sie von sich.

In einer Reihe anderer Städte in Preußen wurden zahlreiche Kommunisten in Schubhaft genommen.

In Berlin wurde eine Gruppe Nationalsozialisten beschossen; zwei derselben wurden schwer verletzt.

Unter den festgenommenen Personen befinden sich der Reichstagsabgeordnete Langner und der Schriftleiter Pohle, sowie viele Ausländer, u. a. Russen und Indier.

In Hamburg wurde ein Polizeibeamter nachs hinterwärts erschossen.

In Breslau beschlagnahmte die Polizei in Wohnungen und Geschäftsstellen der Sozialdemokratie und der Kommunisten 120 Zentner verbotene Druckschriften. 18 Personen wurden verhaftet, darunter Rechtsanwalt C. Klein und Rektor Hermann. Versammlungen beider Parteien, die am 1. März stattfinden sollten, wurden verboten.

In Apolda (Thür.) hob die politische Polizei überraschend eine kommunistische Druckerei aus und beschlagnahmte 1½ Zentner Druckmaterial verbotenen Inhalts. — Die sozialdemokratische „Apoldaer Volkszeitung“ wurde beschlagnahmt.

Schwere Zusammenstöße in Worms

Worms a. Rh., 1. März. Nachdem sich am Dienstag nachmittags bereits politische Zusammenstöße ereignet hatten, bei denen ein junger Nationalsozialist durch einen Messerstich in die Lunge schwer verletzt worden war, kam es in der Nacht zum Mittwoch abermals zu einem schweren Zusammenstoß vor dem Volkshaus. Der Wirt des Volkshauses wurde durch einen Herzschuß getötet. Ein Mädchen wurde durch einen Schuß schwer verletzt. Bei einem Zusammenstoß zwischen politischen Gegnern in der Löwenstraße wurde ein Mann durch einen Bauchschuß getötet. In das Wormser Krankenhaus ist in der Nacht ein Mann eingeliefert worden, der einen Stich in den Hals erhalten hatte. Die gesamte Wormser Polizei war während der Nacht auf dem Marktplatz zusammengezogen.

Kommunistische Abgeordnete nach Dänemark geflüchtet

Kopenhagen, 1. März. Die deutsche kommunistische Reichstagsabgeordnete Frau Maria Keese, die gestern abend aus Berlin geflüchtet ist, traf heute früh in Kopenhagen ein und wurde von den kommunistischen Folketings-Abgeordneten Munch und Peterfen empfangen. Frau Keese beabsichtigt, vorläufig in Kopenhagen zu bleiben.

Ein Kommunist trotz Bewachung durch drei Polizeibeamte geflüchtet

Honnet a. Rh., 1. März. Dem Honneter kommunistischen Stadtverordneten Wascher, der wegen verschiedener strafbarer Handlungen verhaftet worden war, gelang es, trotz der Bewachung durch 3 Polizeibeamte zu entfliehen. Diese drei Beamten sind bis zur Klärung der Angelegenheit beurlaubt worden. Die Aufsicht über die Honneter Polizei ist dem Siegburger Polizeioberleutnant Osterhage übertragen worden.

Verstärkte Ueberwachung der deutsch-österreichischen Grenze

Wien, 1. März. Die politischen Behörden wurden davon verständigt, daß die Kommunisten in Deutschland beabsichtigen, ihre Werbezentrale nach Wien zu verlegen, falls die Partei in Deutschland verboten werden sollte. Die Grenzen, Flüchtlingsherbergen, kommunistischen Lokale usw. in Wien werden verstärkt überwacht. Auf dem Wiener Nordwestbahnhof wurde ein ganzer Eisenbahnwagen mit 64 Kisten kommunistischen Agitationsmaterials, das als „Bilderbücher“ angegeben war, beschlagnahmt.

Helfer des Reichstagsbrandstifters? — Zwei Verhaftungen in Linz

Linz a. D., 1. März. Von der Bundespolizei sind heute hier zwei Russen angehalten worden, die aus Deutschland kamen. Da sie zur Zeit des Brandes des Reichstagsgebäudes vermutlich in Berlin weilten, werden sie gegenwärtig einer eingehenden Vernehmung unterzogen, um festzustellen, ob sie mit der Brandlegung im Reichstagsgebäude in irgend einem Zusammenhang stehen.

Das Vorgehen in Sachsen

Dresden, 1. März. Amtlich wird mitgeteilt, daß zur Gewährleistung der tatkräftigen Bekämpfung der kommunistischen Gefahr und der Durchführung der Anordnungen der Reichsregierung zur Abwehr staatsgefährdender Gewaltakte der Polizeipräsident von Leipzig bis auf weiteres beurlaubt worden ist. Außerdem wurden die Stellvertreter der Amtshauptleute in Zittau, Meissen und Chemnitz mit der selbständigen Erledigung der Polizeiaufgaben beauftragt.

„Rut, segg ed!“

Bobend standen sich die zwei Männer gegenüber.

Hanna warf sich Bredenkamp in die Arme und zerrte ihn zur Tür hinaus.

Draußen hing sie schwer an seinem Halse.

„Du . . . es ist egal, was nun noch kommt . . . ich halt es hier nicht mehr aus . . .“

Bredenkamp führte Hanna, sie halb tragend, in die Küche. Die Magd, die dort hantierte, schickte er hinaus.

Mit tröstender Zärtlichkeit streichelte er Hannas Hände. Seine Erregung ebnete ab. Er hatte rasch die Fassung wiedergewonnen.

„Du tußt mir leid, Liebes. Du wirßt es jetzt sehr schwer haben.“

Das Mädchen jammerte: „Nein, ich bleib nicht hier . . . ich kann nicht mehr . . .“

„Morgen sieht das alles schon viel anders aus. Und je schwerer es uns gemacht wird, um so fester müssen wir zusammenhalten.“

„Aber ich kann doch nicht . . .“

„Hanna, es wäre frevel, wenn ich ‚Ja‘ dazu sagen würde. Denk mal: Die Aufregung dadurch, daß der Opa . . . von uns gegangen ist. Die hat auch deinen Vater mächtig mitgenommen. Sonst wäre er nicht gleich so . . . so wild gewesen. Schlaf erst mal darüber . . . du wirßt sehen, das renkt sich schon wieder ein. Denk an unsere Zukunft, dann geht es!“

„Ach, Heinrich . . . alles ist . . . so schwer!“

„Ja, jetzt im Augenblick. Morgen schon nicht mehr und übermorgen ist es halb vergessen . . . Ich muß jetzt wohl fort von hier . . . Leb' wohl, Liebes!“

„Wohin willst du denn gehen?“

Das weiß ich selber nicht . . . (Fortsetzung folgt).

Württemberg

Durchsuchung des Landtags

Stuttgart, 1. März. Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Da der dringende Verdacht besteht, daß seitens der Kommunistischen Partei unter Mißbrauch der Immunität auch innerhalb des Landtagsgebäudes Vorbereitungen zum Hochverrat oder allgemein zu Gewalttätigkeiten getroffen würden, hat gestern nachmittag im Einvernehmen mit dem Herrn Landtagspräsidenten eine polizeiliche Durchsuchung des württembergischen Landtagsgebäudes in Gegenwart des Herrn Landtagsdirektors stattgefunden. Durchsucht wurden die allgemeinen Räumlichkeiten sowie das Fraktionszimmer der Kommunistischen Partei. Die anwesenden kommunistischen Abgeordneten wurden während der Durchsuchung in Schutzhaft genommen, nach Beendigung der Durchsuchung aber wieder entlassen. Gleichzeitig wurde auch das Parteibüro der Kommunistischen Partei durchsucht. Die Polizei fand hier eine große Menge verhandeltiger verpackter Druckschriften. Der größere Teil davon wurde beschlagnahmt. Die Durchsuchungen haben im übrigen nähere Anhaltspunkte dafür, daß Gewalttätigkeiten auch in Württemberg zu erwarten sind, nicht ergeben. Da auch aus dem übrigen Land Ordnungsförderung nicht bekannt sind, besteht zu einer Beunruhigung keine Veranlassung.

In verschiedenen Teilen des Reichs wurden Gerüchte über neue große Brände ausgebreitet, u. a. sollte auch das Landtagsgebäude in Stuttgart von den Kommunisten eingeeigert worden sein. Von Seiten der Reichsregierung wird mitgeteilt, daß nach den Verbreitern solcher Falschmeldungen, die auf die Beunruhigung der Bevölkerung abgesehen sind, gefahndet wird; sie dürften nicht unerheblich bestraft werden, wenn es gelingt, ihrer habhaft zu werden. Der Bevölkerung wird empfohlen, die Polizeibeamten auf Personen aufmerksam zu machen, die zu Zerfetzungsziwecken offensichtlich falsche Gerüchte in Umlauf setzen.

Mit einem starken Aufgebot der durch andere Beamte wesentlich verstärkten politischen Polizei und uniformierter Beamter wurden in Dresden heute in früher Morgenstunden Durchsuchungen bei etwa 40 hiesigen kommunistischen Funktionären und anderen Angehörigen der KPD. vorgenommen. Diese Leute wurden in Schutzhaft genommen, darunter mehrere frühere Schutzpolizeibeamte, der bekannte kommunistische Rechtsanwalt Dr. Helm, Berufsschuloberlehrer Schrapel und Stadtrat Bruner.

Bis auf weiteres sind für das Gebiet des Freistaats Sachsen alle Versammlungen der KPD. sowie ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen, alle periodischen Druckschriften usw. verboten.

Kampffront konservativer Katholiken

Essen, 1. März. In einer Versammlung der „Kampffront konservativer Katholiken“, die dem Vizekanzler von Papen nahesteht, sprachen gestern Frhr. v. Fürstenberg-Hesse, der frühere Oberbürgermeister von Münster Dr. Sperlich und Dr. Blasewick-Kreßfeld. Dr. Sperlich, der vor einigen Tagen aus der Zentrumspartei ausgetreten ist, führte u. a. aus, er habe sich lange bemüht, den Prälaten Kaas zu bewegen, im Zentrum eine Durchbruchschlacht zu schlagen, zu den alten Bahnen Windthorst zurückzukehren und die Partei oder wesentliche Teile an die nationale Rechtsfront heranzuführen. Seine Bemühungen seien leider vergeblich gewesen. Die konservativen Katholiken müßten nun den Trennungsstrich zwischen sich und der Zentrumspartei ziehen.

Der Kampf gegen den Schund u. a.

Berlin, 1. März. Der preussische Innenminister Göring hat die Polizeibehörden angewiesen, auf die Auslagen und Anstrengungen der Rioske, Verblüheren ein scharfes Augenmerk und gegen den Vertrieb von Schund- und Schmutzschriften mit Strafen rücksichtslos vorzugehen. Ein weiterer Erlaß des preussischen Innenministers wendet sich gegen gewisse Gaststätten, Animierteisen usw. Der Erlaß soll der Polizei die gesetzliche Handhabe bieten, derartige Betriebe ganz oder vorübergehend zu schließen.

Auf eine Eingabe des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände, daß der Kampf gegen das Versailler Diktat besonders auch in der Schule geführt werden sollte, hat Reichsinnenminister Dr. Frick geantwortet, diesen Kampf in der Schule betrachte er als eine Selbstverständlichkeit. Sobald der Arbeitsausschuß die angekündigte einschlägige Schrift für die Schulen herausgegeben haben werde, werde er (der Minister) sich mit den zuständigen Ministerien der Länder im Sinn der Eingabe ins Benehmen setzen.

Der Kampf um das französische Finanzgesetz

Paris, 1. März. Die Abgeordnetenkammer hat gestern Abend die Finanzgesetze mit 368 gegen 187 Stimmen aufs neue verabschiedet. Der am meisten umstrittene Paragraph 83 über die Krisensteuer wurde mit 347 gegen 238 Stimmen angenommen. Der Entwurf ging dann wieder an den Senat. Beide Parlamente mühten so lange tagen, bis sie sich schließlich auf einen einheitlichen Entwurf einigten. Nach fünfmaligem Hin und Her wurde dann dieser Entwurf von der Kammer endgültig mit 360 gegen 204, vom Senat mit 200 gegen 83 Stimmen angenommen.

Die Haushalterleichterungen auf Grund dieses Sanierungsplans stellen sich auf rund 4,65 Milliarden Franken (763 Millionen Mark). Der Zuschlag zur Einkommensteuer wurde dem Wunsch des Senats entsprechend auf 10 v. H. festgesetzt, nachdem die Kammer ursprünglich 20 v. H. verlangt hatte. In der Frage der Kürzung der Gehälter der Beamten und der Festbesoldeten ist ein Kompromiß zustande gekommen: Von der Kürzung befreit bleiben alle Gehälter bis zu 12.000 Franken (rund 2000 Mark). Die Regierung hatte für diesen Punkt sowohl in der Kammer, wie im Senat die Vertrauensfrage gestellt. Der Senat hat sich mit 182 gegen 89 Stimmen für das Kompromiß ausgesprochen, die Kammer mit 334 gegen 250 Stimmen, wobei die Sozialisten sich spalteten. Etwa 20 Mitglieder der sozialistischen Fraktion stimmten gegen die Regierung. Der Vorsitzende der sozialistischen Kammerfraktion, Leon Blum, hat daraufhin sein Amt als Fraktionsvorsitzender niedergelegt. Man rechnet damit, daß dieser Schritt weitere Folgen nach sich ziehen wird.

Japan und der chinesische Boykott

Paris, 1. März. Der Führer der japanischen Abordnung beim Völkerbund, der sich noch in Genf aufhält, erklärte einem Vertreter des „Petit Journal“, er hege schwerste und größte Befürchtungen wegen des vom Völkerbund gebilligten chinesischen Boykotts japanischer Waren. Der Boykott habe dem chinesischen Volk selbst bereits großen Schaden zugefügt, und er dürfte auf die Dauer den Ruin Chinas zur Folge haben. Statt daß der Völkerbund den Frieden in China und im Fernen Osten wiederherstelle, handle er im entgegengelegten Sinn und er ermüde China, Selbstmord zu begehen. Zweifelslos wünsche der Völkerbund den Frieden im Fernen Osten und die Rettung Chinas. In diesem Fall müsse er sich aber umstellen und seinen Beschluß vom 24. Februar ändern.

Proteststreik der österreichischen Eisenbahner

Wien, 1. März. Zum Protest gegen die neue Gehaltsregelung trat ein Teil der Bundeseisenbahner am 1. März vormittags 9 Uhr in einen zweistündigen Streik. Trotz Einstellung von Arbeitswilligen und Hilfskräften lag der Eisenbahnverkehr vielfach still oder war stark eingeschränkt. In Salzburg, Weidling, Willach und Amstetten wurden die Streikleitungen verhaftet, ebenso in St. Egid der Lokomotivführer eines Schnellzugs und in Salzburg ein Telegraphenarbeiter wegen Dienstverweigerung. Die größeren Bahnhöfe waren von Polizei und Militär besetzt, Kommunisten wurden entfernt. In Tirol verkehrte kein Zug.

Der polnische Senat fordert Kolonien

Warschau, 1. März. Der polnische Senat hat gestern eine Entschliessung angenommen, in der festgesetzt wird, daß Polen Kolonien brauche. Die Regierung wird aufgefordert, für den Fall der Neuverteilung der Kolonialmandate mit einer entsprechenden Forderung aufzutreten. — Was das dünn besiedelte Polen doch nicht alles noch haben will.

haben, ihre Erzeugnisse auf dieser Sondermesse auszustellen, können näheres vom Exportmusterlager Stuttgart, Gewerbehalle, Eingang Kanalarstraße, erfahren.

Nachlassen der Diphtherie. In der 7. Jahreswoche vom 12. bis 18. Februar wurden in Württemberg zwar noch 79 Diphtheriefälle gemeldet, aber es gab keinen Todesfall mehr. Gleichzeitig wurden gemeldet: Rindbettfieber 3 Fälle (ohne tödlichen Fall), Lungen- und Kehlkopftuberkulose 1 (14), Scharlach 59 (—), Typhus 1 (—).

Gegen falsche Behauptungen. Vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland wird mitgeteilt: Im „N.S. Kurier“ Nr. 49 vom 28. Februar wird in einem Artikel „Zentrums-wirtschaft in Württemberg“ behauptet, Präsident Kälin habe dem Generalunternehmer, der im letzten Sommer den Umbau des Landesarbeitsamts durchgeführt hat, Handwerker für die Einzelarbeiten nach der Zugehörigkeit zur Partei bzw. nach konfessionellen Gesichtspunkten auszuwählen. Diese Behauptung ist völlig haltlos und entbehrt jeder Begründung. Tatsächlich hat Präsident Kälin auf die Wahl der Handwerker und auf die Untervergebung der Arbeiten keinerlei Einfluß genommen, diese vielmehr dem völlig freien Ermessen des Generalunternehmers, der Baufirma Gustav Epple in Degerloch, überlassen. Die Angelegenheit wird ein gerichtliches Nachspiel haben.

Versammlungsverbot. Die von der Kommunistischen Partei für Donnerstag Abend in der Stadthalle beabsichtigte öffentliche Versammlung ist vom Polizeipräsidium wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten worden.

Zeitungsverbot. Das Innenministerium hat „Die Fakt.“ in Biberach wegen Beschimpfung und böswilliger Beschädigung leitender Beamten des Reichs auf 2 Monate verboten.

Die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ ist wegen eines Artikels in Nr. 49 verwahrt worden.

Vom Tage. Durch Einatmen von Gas verübt in einem Haus der Werastraße ein 48 J. a. Mann einen Selbstmordversuch. Er wurde in das Katharinenhospital übergeführt.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM



Damenhüte



43 Inseratform geschl.

Nahbeben unter der Südwestalb

Stuttgart, 1. März. Die württ. Erdbebenwarte berichtet: Heute früh hatten die Instrumente der württ. Erdbebenwarte wieder ein Nahbeben aufgezeichnet. Die Registrierung begann in der Stuttgarter Erdbebenwarte (Villa Reichenstein) um 3 Uhr 13 Min. 50 Sek. Die stärkste Bodenbewegung setzte 7 Sekunden später ein. Der Herd dieses Bebens liegt wiederum unter der Südwestalb; das Beben ist also als Nahbeben zu denen am 21. Februar zu betrachten und ist nur wenig schwächer gewesen als die beiden Hauptbeben an jenem Tag. Am 26. Februar um 4.08 Uhr war von demselben Herd schon ein beachtliches Nachbeben ausgegangen. Ob zwischen diesen Abbeben und den Beben von Rastatt ein innerer Zusammenhang besteht, wie in der Öffentlichkeit schon vielfach in sehr voreiliger Weise behauptet wurde, läßt sich auf streng wissenschaftlicher Grundlage vorerst noch in keiner Weise sagen.

Das Erdbeben, das in weiten Teilen Württembergs wahrgenommen wurde, war von einem starken unterirdischen Rollen begleitet. Um 4.30 Uhr wurde ein zweiter Stoß verspürt. Es liegen Meldungen aus Stuttgart, Warbach, Ulm, Rottenburg a. N., Tübingen, Neuffingen, Kirchheim u. T., Gmünd, Ludwigsburg und Wildbad vor.

Die in der Südwestalb auftretenden Erdbeben sind tektonische Beben. Sie haben ihre Ursache in Störungen der normalen Lagerung der Erdschichten (Dislokation) und heißen daher auch Dislokationsbeben.

Stuttgart, 1. März.

Rundfunkrede des Reichskanzlers. Am Donnerstag Abend 8.30 Uhr wird Reichskanzler Hitler im Deutschen Rundfunk über „Belagerte des Bolschewismus“ sprechen. Staatspräsident Dr. Paul sprach am Dienstag in einer Wahlversammlung der Zentrumspartei in Kassel.

ep. Warum kein Protest der evangelischen Kirchenleitung? Wegen der bekannten Auslassungen des württ. Staatspräsidenten und Zentrumsführers Dr. Paul gegen den „preussisch-protestantisch-ostelbischen Geist“ wurde in der Öffentlichkeit verschiedentlich gefordert, daß die evangelische Kirche offiziell gegen solche Angriffe protestieren solle. Soweit wir unterrichtet sind, hat man in der Leitung der evangelischen Landeskirche Württembergs die Ausführungen von Dr. Paul wesentlich als solche wahlagitatorischer Art angesehen. Trotz der Erregung, die durch diese Auslassung in der evangelischen Bevölkerung hervorgerufen wurde, hat die Kirchenleitung von einem Schritt in der Sache abgesehen, um nicht in dieser ersten Zeit dazu beizutragen, die Geensätze in unserem Volk noch weiter zu verschärfen.

Aufnahme in die Konvikte Ehingen und Rottweil. Auf Grund des Ergebnisses der vom 14. bis 17. Februar in Stuttgart abgehaltenen Prüfung sind 30 Schüler in die Konvikte Ehingen und Rottweil aufgenommen worden.

Sondermustermesse zum Württemberger Tag Pfingsten 1932. Anlässlich des Württemberger Tags über Pfingsten 1932 in Stuttgart findet in der Gewerbehalle im Exportmusterlager eine Sonder-Muster-Messe statt, zu deren Bestimmung die Auslandsdeutschen, insbesondere die Auslandschwaben im europäischen Ausland und über See eingeladen worden sind. Um das Auslandsgeschäft zu beleben, soll den Lagerbesuchern vor Augen geführt werden, was alles in Württemberg hergestellt wird. Firmen, welche die Absicht

Verbot der kommunistischen Druckschriften und Versammlungen in Württemberg

Stuttgart, 1. März. Gemäß dem Ersuchen der Reichsregierung hat die württ. Regierung mit sofortiger Wirkung sämtliche in Württemberg erscheinenden kommunistischen periodischen Druckschriften, sowie alle kommunistischen Versammlungen und Aufzüge einschließlich von Versammlungen in geschlossenen Räumen verboten. Alle kommunistischen Druckschriften einschließlich Diataten und Flugblätter werden beschlagnahmt und eingezogen.

Aus dem Lande

Waiblingen, 1. März. Beschickung eines Polizeibeamten. Am Freitag Abend hatte ein Beamter der städtischen Polizei den Auftrag, einen Häftling ins Amtsgerichtsgesängnis abzuliefern. In der Nähe des Gefängnisses wurden von einem bis jetzt Unbekannten zwei Schüsse auf den Polizeiwachmeister abgegeben, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Ein Schuß ging knapp am Kopf des Beamten vorbei.

Korb, Oß. Waiblingen, 1. März. Wildschwein erlegt. Dieser Tage erlegte der Förster vom Waiblinger Stadtwald einen Keiler in der Abteilung Wädleschlupf.

Offenau, Oß. Neckarflum, 1. März. Rodelfall mit Todesfolge. Am benachbarten Heinsheim kam das sechsjährige Söhnchen des Arbeiters Seufert beim Rodeln zu Fall. Als der zwölfjährige Bruder morgens erwachte, merkte er, daß sein Brüderchen tot neben ihm im Bette lag.

Hall, 1. März. Aus dem Leben geschieden. Nachmittags stürzte sich der etwa 27jährige Notariatspraktikant Emil Krämer von Hall-Steinbach anscheinend in einem Anfall von Schwermut die Tullauer Brücke herab. Der Bedauernswerte war sofort tot.

Neuffingen, 1. März. Betrügerin. In letzter Zeit ist hier eine Betrügerin aufgetreten, die Geldbeträge für „arme böhmische Kinder“ sammelt und dabei angibt, daß sie von Stadtpfarrer Knapp geschickt werde, was der Tatsache nicht entspricht.

Tübingen, 1. März. Für die Reichsregierung. In einer öffentlichen Erklärung betonen über hundert vorwiegend an der Universität tätige Personen, darunter etwa 50 Professoren und etwa 20 Privatdozenten und Assistenten, daß sie auf dem Boden der Rundgebung der derzeitigen Reichsregierung vom 2. Februar d. J. stehen.

Tübingen, 1. März. Vollversammlung der Tübinger Studentenschaft. Am Dienstag fand die letzte Vollversammlung der Tübinger Studentenschaft für dieses Semester statt; sie genehmigte einstimmig drei Entwürfe des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds, die folgenden Wortlaut haben: 1. Im Hinblick auf die jurchbare materielle Notlage der Mehrzahl der Studierenden bittet die Tübinger Studentenschaft das Württ. Kultministerium, die Studiengeldgebühr um 15 Mark zu senken. 2. Die Tübinger Studentenschaft wendet sich gegen die Zusammenlegung der Technischen Hochschule mit der Universität in Preston. 3. Der Altsa bittet das Württ. Kultministerium, an Stelle des scheidenden Dozenten für Wehrwissenschaften, des Generalleutnants Russ, schon für das kommende Semester einen Nachfolger für die in der heiligen Zeit so dringende Vorlesung, bestimmen zu wollen.



Postkraftwagen fährt in geschlossene Eisenbahnstraße.
Am Mittwoch morgen 7.13 Uhr fuhr ein Postkraftwagen in die geschlossene Eisenbahnstraße des Uebergangs beim Bahnhof Badelschhausen. Der durch die zerbrochene Schranke leicht verletzte Bahnwärter konnte den aus Badelschhausen in Richtung Tübingen ausfahrenden Personenzug 3259 durch Haltsignale noch vor dem Uebergang zum Halten bringen, so daß ein Zusammenstoß verhindert wurde. Der Fahrer des Postkraftwagens hat anscheinend wegen dichten Nebels den beleuchteten Uebergang zu spät bemerkt. Er konnte seine Fahrt fortsetzen.

Daftmettingen. 1. März. Wiederherstellung des Rathauses. Für die Wiederherstellung des hiesigen Rathauses, das bekanntlich im vorigen Jahr einer Brandstiftung zum Opfer gefallen ist, hat Oberamtsbaumeister Heinz einen Plan ausgearbeitet, der einen Kostenaufwand von 31 000 Mark vorsieht. Der Plan fand im Gemeinderat einstimmige Annahme.

Schwenningen, 1. März. Zum Zusammenbruch des Büdowerts. — Verhaftung des Inhabers. Der Zusammenbruch des Büdowerts hat eine überraschende Wendung genommen, nachdem der Inhaber, Christian Bär-Maier, in der Universitätsklinik in Tübingen, seinem derzeitigen Aufenthaltsort, verhaftet worden ist. Bär-Maier wird der Bilanzverschleierung, der Unterschlagung und des Betrugs beschuldigt. Wie die „Redar-Quelle“ erfährt, sollen sämtliche Gläubiger des Büdowerts leer ausgehen. Am Montag mußten sich die 75 Arbeiter des Büdowerts arbeitslos melden.

Göppingen, 1. März. Schwindelhafte Hausleiter. Auf den Landorten haufierte dieser Tage ein etwa 22 J. a. Mann mit Nadelmaschinen. Er gab sich als Vertreter eines hiesigen angesehenen Geschäftshauses aus. Bei Prüfung seiner Angaben wurde festgestellt, daß es sich um einen Schwindler handelt und daß die zum Kauf angebotenen Nadelmaschinen wertlos sind. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, den Schwindler, der ein gutes Geschäft machte, zu ermitteln.

Ulm, 28. Febr. Todesfall. Am Montag früh starb im Alter von 62 Jahren Bezirkschulrat Albert Schötle. Er wurde 1871 in Eßhausen, Ulm, geboren, und fand nach vollendetem Studium und nach Vergebung einiger unständiger Dienststellen seine erste ständige Anstellung in Kempten, Ulm. Maulbronn, als 2. Stadtpfarrer und Bezirksschulinspektor. Im Jahr 1914 kam er als Bezirksschulinspektor nach Dürrenzimmern. 1924 erfolgte seine Berufung nach Ulm. Hier verlor er das Amt eines evangelischen Bezirksschulrats für die Oberämter des Oberlands.

Ulm, 28. Febr. Mächtliche Messerstecherei. Heute morgen wurden in der Herdbruderstraße zwei Fußgänger von einem angetrunkenen Manne aus Ulm angerempelt. Es kam zu einer kurzen Auseinandersetzung, bei der einer der angetrunkenen Männer einen schweren Messerstich erlief. Der Täter wurde festgenommen.

Ufftingen, Ulm, 28. Febr. Bürgermeister Geyer tödlich verunglückt. Im städtischen Krankenhaus in Ulm ist gestern mittag der 65 J. a. Bürgermeister Jakob Geyer an den Folgen eines vor acht Tagen erlittenen schweren Unfalls gestorben. Durch Selbstentladung seiner Schusswaffe drang ihm eine Kugel in den Unterleib.

Rottenacker, Ulm, 28. Febr. Solidarisch mit dem Ortsvorsteher. In einer besonderen, vom Stellvertreter des Ortsvorstehers auf Antrag von fünf Gemeinderatsmitgliedern einberufenen außerordentlichen Gemeinderatsitzung wurde zu der Bestrafung des Ortsvorstehers Stellung genommen. Es wurde beschlossen, in einem Schriftsatz die Verhältnisse von Rottenacker zu schildern und bei der Ministerialabteilung in Stuttgart den Antrag auf Aufhebung der Strafe zu stellen. Andernfalls will der Gemeinderat geschlossen sein Amt niederlegen.

Gerfetten, Ulm, Heidenheim, 28. Febr. Kein 8. Schuljahr. Zu einer Besprechung versammelten sich die Eltern der Desjährigen Konfirmanden, wobei Rektor Palmer den Zweck und die Bedeutung des 8. Schuljahrs darlegte. Bei

Vorzügliche Fleischbrühsuppen
bereitet man schnell und billig aus
MAGGI'S
Fleischbrüh-Würfeln
Eingekümmerte Einlagen: Eierstich, Jellorwaren usw.
5 Würfel (1 Stange) 1 Pf.

den Anwesenden herrichte für die Einführung eines weiteren Schuljahrs kein Interesse, gaben doch nur sieben Eltern von etwa 70 Kindern ihre Einwilligung für ein 8. Schuljahr.

Caapheim, 28. Febr. 9 Kommunisten verhaftet. Zu dem Kommunistenüberfall auf den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Deber (Ulm) erforschen wir noch Kommunist und will jetzt als gläubiger Katholik für seine leitherrige Lebensweise Sühne leisten. Er will seinen Gelübde gemäß das 90 Pfund schwere Kreuz 500 Kilometer weit tragen und hofft, zum Karfreitag in dem Wallfahrtsort Altötting angekommen zu sein.

Sigmaringen, 28. Febr. Barum Regierungspräsident Dr. Brand verabschiedet wurde. Aus Berlin sind jetzt die Gründe für die Zurücksetzung des Regierungspräsidenten Dr. Brand bekannt geworden. Der eine Grund sind frühere Vorgänge in der Personalabteilung des preussischen Innenministeriums in der dortigen Amtszeit Dr. Brands. Der zweite Grund liegt in dem Verhalten des Regierungspräsidenten zu der Anweisung des Innenministers, die „Hohenzollerische Volkszeitung“ in Sigmaringen wegen der Veröffentlichung eines Aufrufs der kath. Verbände zu verbieten. Dr. Brand sprach das Verbot nicht aus. Das Verbot der Zeitung wurde zwar nicht wieder aufgenommen, doch hat man in Berlin dem Regierungspräsidenten seine Haltung verübelt. Wie erinnerlich, wurde auch der Oberpräsident von Westfalen, Gronowski, der ebenfalls dem Zentrum angehört, wegen ähnlichen Verhaltens verabschiedet.

Der neuernannte kommissarische Regierungspräsident Dr. Sinwes hat sein Amt bereits angetreten.

Lokales.

Wildbad, 2. März 1933.
Verein für das Deutschtum im Ausland. Am Donnerstag, 9. März, wird Herr Direktor Hlawna aus Salzburg einen Lichtbildervortrag halten. Dieser Redner ist hier nicht unbekannt, wir erinnern uns noch gut an seinen vorzüglichen, gründlichen und aus lebendiger Anschauung kommenden Bericht vor zwei Jahren. Herr Hlawna erwähnte schon frühe die deutsche Schularbeit als seinen Lebensberuf. Im Weltkrieg wurde er an der Tirolerfront schwer verwundet. Nach Beendigung des Krieges dehnte er seinen Wirkungsbereich in Dienst des B. D. A. soweit aus, als die deutsche Jugend klagt. Jetzt kommt er von einer längeren Reise durch Nordwestdeutschland zurück. Auf Grund seines Lebensganges, aber auch auf Grund seiner ganzen Art ist Herr Hlawna recht dazu berufen, uns die Räte der Grenz- und Auslandsdeutschen vor Augen zu führen. — Wie wir hören, wird an diesem Abend auch ein Doppelquartett des Niederfranz mitwirken.

Sendefolge des Stuttgarter Rundfunk-U.-G.

Freitag, 3. März:
8.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gemaßheit, 7.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 7.20-8.00: Schallplatten, 10.00: Nachrichten, 10.10: Rammert, 10.55: Lieber im Buchhändler, 11.55: Wetterbericht, 12.00: Konzert, 12.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetter- und Schmeckerbericht, 12.30: Konzert, 14.30-15.40: Englischer Sprachunterricht für Fortgeschrittene, 17.00: Konzert, 18.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Landmieteausgaben, 18.25: Vortrag: „Die Scheidbieder und die Söhne“, 18.50: Rezitativortrag: Erste Hilfe, die der Arzt kommt, 19.10: Kleine Sonntagabendunterhaltung (Wandererchor), 19.20: Zeitangabe, Nachrichten, 19.30: Stellen gebiete Arien, 19.50: „Werktag“, 20.30: Aus Zürich, Wien und Lugano: „Europäisches Konzert“, 22.30: Zeitangabe, Nachrichten, Wetter- und Schmeckerbericht, 22.55: Aus New York: Kurt G. Sch. Worüber man in Amerika spricht, 23.10-23.30: Nachtmusik.

Daiber gefaßt

Riedlingen, 1. März. Am Dienstag nachmittag während des Kinderfestzugs hörte man plötzlich bei der Engeldrogerie in Riedlingen die Frau des Gefängniswärters Schraibogel rufen: „Dort geht ja Daiber!“ Alles drehte sich herum, konnte aber nur einen gut gekleideten Herrn den Oberamtsberg hinaufsteigen sehen. Die mutige Frau verständigte Landjägerbeamte, die Daiber in kürzester Zeit mit vorgehaltener Pistole stellen konnten. Abends wurde der Einbrecher Daiber gefesselt durch Kriminalbeamte abtransportiert. Er hatte sich den ganzen Nachmittag auf der Riedlinger Bahnstraße herumgetrieben. Auf dem Riedlinger Bahnhof wurde seine Ledermappe abgeholt, die mit Einbrecherwerkzeug gefüllt war.

Enstetten. Der Kommandant des holländischen Meuterer-Kriegsschiffs „Sieben Provinzen“, Kapitänleutnant Eickenboom, sowie der Ersten Leutnants zur See Mener und Fels sind ab 24. Februar aus der holländischen Kriegsmarine entlassen worden.

Großfeuer. Die bedeutenden Wefer-Sperrholz-Werke in Holzminden (Braunschweig) sind mit wertvollen Maschinen und großen Holzvorräten fast vollständig vernichtet worden. Brandstiftung ist wahrscheinlich.

Handel und Verkehr

Die neuen Agrarmassnahmen

Bei den angekündigten weiteren bäuerlichen Verordnungen handelt es sich um die Inkräftsetzung der angekündigten Cofinweizenaktion und die Bewilligung von Barzuschüssen bei der Einstellung von Arbeitern in bäuerlichen Familienbetrieben. Die Cofinweizenaktion soll der Geringhaltung verbilligter Futtermittel verschaffen. Während bisher verbilligte Auslandsmais geliefert wurde, dürfte zu den gleichen Bedingungen in Zukunft heimischer cofinierter Weizen geliefert werden, und zwar insoweit bis zum Ende dieses Wirtschaftsjahrs noch etwa 300 000 To. Die Barzuschüsse für Arbeitereinstellungen sollen lediglich bäuerlichen Familienwirtschaften bis 40 Hektar gewährt werden, und zwar in der Form, daß die bisherige Erwerbslosen- oder Wohlfahrtsunterstützung bar weitergezahlt wird, so daß der bäuerliche Betrieb lediglich für Unterkunft und Beförderung aufzukommen hat, während er sich sonst bei der besonderen Kollage der Bauernwirtschaften in der Regel überhaupt keine Arbeitskraft leisten konnte. Man kann damit rechnen, daß auf diese Weise noch zur Frühjahrsbestellung mehr als 200 000 Arbeitskräfte in Arbeit kommen.

Die Butteraufkäufe der DGH.

Die vom Reichsernährungsminister Dr. Hugenberg mit der Durchführung der Butteraufkäufe beauftragte Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft hat bisher 11 „B.B.“ etwa 10 000 Zentner Butter aus dem Markt genommen. Die Zählung wird in der Weise durchgeführt, daß bei besonderem Preisstand die auf den Markt drückenden Spinnmengen aufgekauft werden. Die im ganzen Reich aufgekauften Mengen werden von der DGH in Kühlhäusern eingelagert und sollen nicht mehr auf den inländischen Markt zurückkommen.

Berliner Pfundkurs, 1. März. 14,33 G., 14,37 B.
Berliner Dollarkurs, 1. März. 4,209 G., 4,217 B.
100 franz. Franken 16,605 G., 16,645 B.
100 Schweizer Franken 82,07 G., 82,23 B.
100 österr. Schilling 48,45 G., 48,55 B.
D. Abf. Einl. 69,12, ohne Ausf. 8,85.
Privatdiskont 3,875 v. H. kurz und lang.
Wärlt. Silberpreis, 1. März. Grundpreis 40 RM. das Kilo.

Die Beschäftigung der Industrie. Im Januar ist die Beschäftigung der Industrie nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts weiter zurückgegangen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist von 42,1 auf 40,2 Proz. der Arbeiterplatzkapazität (das ist die Höchstzahl der Arbeiter, die bei voller Ausnutzung aller Betriebseinrichtungen beschäftigt werden können) gesunken. Stärker noch hat sich die Zahl der geleisteten Stunden vermindert, nämlich von 36,4 auf 33,3 Proz. der Stundenkapazität. In verstärktem Maß ist wieder Kurzarbeit eingeführt worden. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit betrug im Januar 6,73 gegen 6,93 Stunden im Dezember 1932.

„Wir wollen eine gesunde Wirtschaft aber keine Verelendung unserer Arbeiterschaft durch Herabsetzung ihrer Bezüge.“
Dr. Hugenberg am 21. 11. 1929 in Rassel.
Deshalb wähle ich Liste 5 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

Bekanntmachung.
Vom Verwaltungsrat des „Milchwirtschaftlichen Zusammenschlusses des Nördlichen Schwarzwaldes“ wurde in den Verbrauchergemeinden **Wildbad und Calmbach der Preis für Frischmilch ab 1. März 1933 auf 22 Pfg. festgesetzt.**
Die Milchhändler und Kuhhalter sind bei Strafe gezwungen, diesen Preis nicht zu unterbieten.
Da die Handelspanne der Milchhändler auf nur 4-5 festgesetzt wurde, sind dieselben gezwungen, ihre Milch nur gegen bar oder pünktliche Wochen- bzw. Monatsbezahlung abzugeben. Für pasteurisierte und Stallmilch können 2-3 mehr verlangt werden.
Der Verwaltungsrat des Milchwirtschaftlichen Zusammenschlusses des Nördlichen Schwarzwaldes.

Sämtliche Geschäfts- u. Familien-Drucksachen
liefert schnell und preiswert die Druckerei des Wildbader Tagblatt.

Städt. Freibank.
Freitag, den 3. März 1933, nachm. von 2 Uhr ab, ist **Ruhfleisch** zu haben, das Pfd. 35 Pfg.

Habe mit heutigem meinen **Musik-Unterricht** von Charlottenstraße 40 nach der **Wilhelmstr. 70** verlegt.
Ernst Müller, Musikdirektor.

N. S. D. A. P.
Ortsgruppe Wildbad.
Donnerstag den 2. März 1933, abends 8 Uhr pünktlich in der Städt. Turn- und Festhalle
Grosse Wahlkundgebung
Es sprechen:
8.00 Uhr: Pg. Waldmann-Stuttgart, M. d. L.
8.30 Uhr:
Uebertragung der großen Hitler-Rede: „Die Weltgefahr des Bolschewismus“
Anschließend: Pg. Stadtrat Dr. Strölin-Stuttgart
Erscheint in Massen!
Unkostenbeitrag 20 Pfg., Erwerbslose gegen Ausweis 10 Pfg.

Herrenfahräder 40 Mark
Damenfahräder 45 Mark
mit einem Jahr Garantie, ferner **sämtliche Ersatzteile billigst**
Karl Tubach jun.
Telephon 437.

Fußpflege

W. Schrupp
jetzt König-Karlstr. 37
Sprechstunden 2-4 Uhr

Trauersachen
werden einwandfrei und sehr preiswert **schwarz gefärbt** in der Färberei Wüst
Annahme: Korsettgeschäft Wandpflug, König-Karlstr.